61. Jahrgang No. 151

# Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 2. April 1913

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. **Abonnementspreis** in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Sachsen u. Herzogt. Anhalt: **20 Pf. wöchentl.** bzw. **85 Pf. monatl.** frei ins Haus, vierteljährl. M. 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich 90 Pf. und vierteljährl. M. 2.70. — **Insertionspreis** für die Zeile 50 Pf., Stellenangebote und Gesuche 40 Pf. Kleine Anzeigen: das Wort 8 Pf., jedes fettgedruckte Wort kostet 15 Pf. — Redaktion und Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Strasse 48-49. Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10181-10149.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin SW.

Filialen: Prinzenstr. 41, Wiener Str. 1-5, Frankfurter Allee 61-63, Grosse Frankfurter Str. 23, Frenzlauer Allee 24, Schiffbauerdamm 4, Schulzendorfer Str. 27, Badstr. 55, Königstr. 56-57, Kosenthaler Str. 69, Kattenhower Str. 5, Potsdamer Strasse 32, Leipziger Str. 108, Blücherstr. 69, Hallesches Ufer 32, Kantstr. 24, Scharrenstr. 39, Friedenau: Rheinstr. 89, Lichterfelde-W.: Henriettenplatz, Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 130, Lichterfelde-W.: Carlstr. 1-2, Neukölln: Berliner Strasse 41, Pankow: Borsholmer Strasse 1, Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel: Berliner Str. 20, Tempelhof: Berliner Str. 104a, Weissensee: Berliner Allee 28, Wilmersdorf: Uhlandstr. 98-99, Charlottenburg: Steinpl. 1, Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 5, Potsdam: Brandenburger Str. 23, Spandau: Breite Str. 47.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

## Zum Tode!

### Sternickel und Genossen.

Von

**Hans Hyan.**

Zu der neulich der „Berliner Volkszeitung" zugegangenen Nachricht, der Raubmörder Sternickel habe auf das Rechtsmittel der Revision in seinem Prozeß verzichtet und werde demnächst hingerichtet werden, ist zu bemerken, daß von solcher Exekution jedenfalls nicht eher die Rede sein kann, als bis die Hirschberger Sache, das heißt der von Sternickel am 18. Juni 1905 an dem Mühlenbesitzer Knappe in Plagwitz begangene Raubmord gerichtlich erledigt ist. Es handelt sich hier um ein schwebendes Verfahren, das nach dem Gesetz zweifellos erledigt werden muß. Nur soll, wie ich von autoritärer Seite höre, die Verhandlung ebenfalls in Frankfurt a. O. geführt werden, damit das bei einem Manne, wie Sternickel, nicht bedenkenfreie Hinundhertransportieren vermieden wird.

Ehe ich auf die sehr interessante Vergleichung der beiden Mordfälle und ihrer Tatbeurteilung eingehe, möchte ich mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß auch nach dem in der Hirschberger Sache zu fällenden Urteilsspruch das Drama Sternickel vorläufig nicht beendet sein kann. Es sind, von den vielleicht plantastischen Tatmöglichkeiten bei einer Anzahl anderer Mordfälle ganz abgesehen, Kapitalverbrechen passiert, für die Sternickel durchaus als Täter in Frage kommt. Ich habe in meiner kürzlich erschienenen Sternickelbroschüre*) Genaueres darüber gesagt und will mich hier auf die Aufzählung der flagrantesten Fälle beschränken. Da ist einmal der Mord an dem Milchhändler Pränke in Bornim bei Potsdam, der am 24. September 1908 erschlagen wurde; dann die beiden Bluttaten an dem Häusler Knotig in Pomßen bei Jauer und an der Witwe Krause in Petersgrund (Schlesien). In diesen Fällen haben Unschuldige ins Gefängnis gemußt, und im Fall Pränke hat ein gewisser Hugo van Scholten mehr als ein Jahr gesessen. Ihm war ein böses Ende recht nahe, denn ein Zeuge, der Gottlob als alkoholischer Lügner entlarvt wurde, behauptete mit aller Bestimmtheit, Scholtens Täterschaft! Und so können noch jeden Tag für jene Verbrechen Unschuldige eingesteckt und bei der instinktiven Tendenz vieler Gerichte, das entlastende Moment nach Möglichkeit auszuschalten, auch verurteilt werden — zum Tode!

Es ist vielleicht die schönste Tat des verstorbenen Justizrats Dr. Erich Sello gewesen, daß er in einem prächtigen Buche**) eine bedeutende Anzahl von Fällen aufzeigte, in denen Menschen zum Tode verurteilt, teils hingerichtet, teils zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurden, obwohl sie in der Folge als unschuldig erkannt werden mußten. . . . Und ich behaupte aus meiner langjährigen und umfassenden Kenntnis der Strafpraxis und ihrer vielen Schwächen: Die Zahl der nie erkannten Justizirrtümer ist unendlich viel größer, als die der bekannt gewordenen! Deshalb darf um keinen Preis eine Möglichkeit außer acht gelassen werden, Verbrechen aufzuklären, wenn man den wahrscheinlichen Täter in den Fingern hat. . . Sollte dadurch auch die „Vergeltung" gegen den Raubmörder Sternickel ein wenig hintangehalten werden!

Ich muß nun auf den Plagwitzer Mord zurückgreifen. Damals waren es die Gebrüder Pietzsch, zwei junge Maurer, die Sternickel in seinen Bann zog. Von den beiden soll der jüngere sich gewehrt und gesträubt haben gegen die ruchlose Tat. Das Gericht — Ehre, dem Ehre gebührt! — glaubte dem armen Jungen. Der andere, zweifellos beteiligt an der Mordbrennerei, wurde zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Ich glaube noch, daß das Hirschberger Gericht damals sagte: „Das Seelenleben des Verbrechers interessiert uns hier nicht!" Im Gegenteil, der Gerichtshof ging damals offenbar von der Voraussetzung aus: so junge Leute, die einmal in die Gesellschaft eines alten und offenbar manischen Schwerverbrechers geraten, sind ihrer Selbstbestimmung dadurch völlig beraubt. Mir selbst ist ein Fall bekannt, wo ein Mensch von guter Erziehung, der in großer Lebensnot von einem alten Zuchthäusler unterstützt ward, mit diesem schwere Diebstähle ausführte und zu vieljähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Dieser Jüngling hat weder vorher noch nachher je etwas Gesetzwidriges begangen, er wäre ohne seine zufällige Unglücksgemeinschaft nie und nimmer kriminell geworden . . .

So ist es denn auch meiner innigsten Ueberzeugung nach ein gottlob noch nicht so häufiges Fehlurteil gewesen, das den beiden Mittätern des Sternickel das Leben absprach. Nicht der kleinste Beweis ist erbracht dafür, daß sie vorsätzlich gehandelt haben, denn die psychologische Wahrscheinlichkeit spricht durchaus dafür, daß Sternickel sie zum Diebstahl, nicht zum Morde aufgefordert hat. Ist aber der Vorsatz nichtig, so bleibt nur noch die Ueberlegung. Wie, frage ich, sollen diese dummen Jungen bei der rasenden Hetze dieser jammervollen Tragödie zur Ueberlegung gekommen sein? Gewiß, sie sahen das Angesicht des armen Kalies eine bläuliche Farbe annehmen! Aber daß sie dabei an Totschlag glaubten, ist eine Behauptung, die ihnen niemand beweisen kann!

Vor Jahren wurde in Berlin ein Mann verurteilt, der seine blödsinnige Tochter aufgehängt hatte. Glaubhaft nachzuweisen war hier die bona fides des Mannes, der in diesem schon verschiedentlich von ihm geübten Akt nichts anderes als eine Züchtigung an dem unbotmäßigen und ziemlich lasterhaften Mädchen hatte ausführen wollen. In der Tat war sie, die natürlich auch schon blau wurde, sonst stets wieder erwacht, und die Stupidität des Vaters hatte einen tötlichen Ausgang nicht voraussehen können! So klingt es denn auch keineswegs unglaubwürdig, wenn der junge Schlewenz im Prozeß Sternickel aussagt: „Wenn man sie nachher losmachte und ihnen Kaffee hinstellte, warum sollten sie da nicht wieder leben?!"

Man muß nur eins nicht tun — und in den Fehler verfallen unsere Gerichte immer wieder! — man darf solchen jungen Wirrköpfen nicht das juristisch gebildete Denken eines Landgerichtsdirektors unterstellen!

So ist denn nach diesem trüben Prozeßausgang nur auf das Reichsgericht zu hoffen, das in solchen Dingen oft ein sehr feines Verständnis zeigte und den ja stets vorhandenen Formfehler benutzte, um ein Blurturteil zu kassieren, gegen das sich, wenn einmal die verständliche Entrüstung über den schweren Fall verraucht ist, eigentlich jedes menschlich empfindende Herz sträuben sollte! Verlagt aber das Reichsgericht oder kann es in der Tat den bewußten Verstoß gegen die Form nicht finden — wie unendlich not tut uns doch ein richtiges, gegen das Urteil selbst sich richtendes Appellationsverfahren! — dann rufe ich an dieser Stelle schon die Gnade des Kaisers für die beiden jugendlichen Verirrten und Verführten an, aus denen (unendlich viele Beispiele zeigen das dem Wissenden!) trotz alledem noch tüchtige, brauchbare Menschen werden können, wenn sie einmal wieder das Gefängnis verlassen dürfen!

Ein zweiter Artikel, der sich mit der Arbeit des Henkers befaßt, folgt.

*) Sternickel. Ein Verbrecherleben: Verlagsbaus für Volksliteratur und Kunst, Berlin SW. 61.

**) Die Irrtümer der Strafjustiz und ihre Ursachen von Dr. Erich Sello. Berlin 1911. R. v. Deckers Verlag (G. Schaf).

## Die Flottendemonstration der Mächte.

### König Nikola bleibt hartnäckig. — Deutschland beteiligt sich an der Demonstration. Griechenland beansprucht ganz Epirus.

Die Haltung Montenegros verlängert die Spannung, die der Balkankrieg in Europa hervorgerufen hat, über den Fall Adrianopels hinaus. Während Bulgarien, die führende Macht des Bundes, sich mit den Vorschlägen der Mächte im allgemeinen zufrieden gibt, glaubt König Nikola von Montenegro in hartnäckigem Festhalten an seinem Anspruch auf Skutari, es mit ganz Europa aufnehmen zu können. Daß aus dem Streit um Skutari sich ernstliche Verwicklungen ergeben können, ist gleichwohl nicht anzunehmen, wenn auch die Gestaltung des neuen Albaniens noch einige Schwierigkeiten in sich birgt. Zu dem Widerstand Montenegros gegen die Festsetzung der albanischen Nordgrenze durch die Mächte gesellt sich der entschiedene Widerspruch Griechenlands gegen die von den Mächten vorgesehene Südgrenze des neuen Balkanstaates. Griechenland wünscht ganz Epirus sich anzugliedern, während die Mächte einen erheblichen Teil davon zu Albanien schlagen wollen. Die Entscheidung über die ägäischen Inseln steht auch noch aus, und der heiße Konflikt zwischen Bulgarien und Rumänien bedarf ebenfalls noch der Lösung.

Im Interesse der internationalen Beruhigung ist zu wünschen, daß mit der Flottendemonstration gegen Montenegro, an der sich nunmehr auch Deutschland beteiligt, und zu der Rußland und Frankreich ebenfalls ihren Segen gegeben haben, die scharfen Mittel zur Herstellung des Friedens auf dem Balkan erschöpft sind und für die noch schwebenden Fragen eine friedliche Lösung baldigst gefunden wird.

*

**Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der kleine Kreuzer „Breslau" Befehl erhalten, sich zur Teilnahme an der in Aussicht genommenen Flottendemonstration an der montenegrinischen Küste in die Adria zu begeben.**

### Auslaufen des Demonstrationsgeschwaders.

(Telegraphische Berichte.)

**Wien,** 1. April.

**Wie die „Wiener Allgemeine Zeitung" von amtlicher Seite erfährt, sind die zur Teilnahme an der internationalen Flottendemonstration an der montenegrinischen Küste bestimmten Kriegsschiffe ausgelaufen.**

**Cattaro,** 1. April.

Die „Neue freie Presse" meldet: Gestern liefen von hier mehrere österreichisch-ungarische Kriegsschiffe in der Richtung nach Antivari aus. Sie stehen unter dem Kommando des Konteradmirals Niegovan. Eine Kreuzerdivision, die ebenfalls auslaufen ist, steht unter dem Kommando des Konteradmirals Fiedler.

**Wien,** 1. April.

Die „Neue Freie Presse" meldet: Heute nachmittag fand unter dem Vorsitz des Ministers des Aeußeren Grafen Berchtold eine maritimpolitische Besprechung statt, der auch der Kriegsminister Krobatin, Marinekommandant Haus und sechs hohe Marineoffiziere beiwohnten. Die Besprechung galt der Erörterung der Operationen während der Flottendemonstration und der eventuellen Blockade der montenegrinischen Häfen.

### Entsendung eines englischen Panzerkreuzers.

**Malta,** 1. April.

Wie das Reutersche Bureau meldet, hat der britische Panzerkreuzer „Defence", der soeben hier eingetroffen ist, Befehl erhalten, morgen mit dem Chef des Marinekriegsstabs Konteradmiral Troubridge an Bord mit Bestimmung nach Osten wieder in See zu gehen. Man glaubt, daß der Kreuzer zusammen mit anderen, bereits im Osten befindlichen Kriegsschiffen an der gegen Montenegro geplanten Flottendemonstration teilnehmen wird.

**London,** 1. April.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß die vom Ausland telegraphisch eingelaufenen Nachrichten, wonach die Ansichten der Mächte über die Flottendemonstration gegen Montenegro auseinandergingen, in den Londoner amtlichen Kreisen Ueberraschung hervorgerufen hätten. Es wird erklärt, daß es die einmütige Meinung der Mächte sei, daß, falls Montenegro ihren Wünschen nicht entspreche, eine Flottendemonstration notwendig werde, um die Wünsche der Mächte zur Geltung zu bringen. Die Verhandlungen zwischen den verschiedenen Regierungen behufs Ausführung ihres Entschlusses seien in diesem Augenblick dringend angesichts des Ausbleibens einer Antwort Montenegros auf die in der letzten Woche von den Mächten unternommenen Kollektivschritte.

### Montenegro bedauert.

**Cetinje,** 1. April. (Amtliche Meldung.)

Die montenegrinische Regierung erwiderte den Vertretern der Großmächte, sie bedauere, nicht in der Lage zu sein, den von ihnen bezüglich der wiederholt gestellten Forderung nach Entfernung der Nichtkombattanten aus Skutari geäußerten Wünschen zu entsprechen, da das Armeeoberkommando die Uebermittlung der diffrierten Depesche an den Kommandanten von Skutari ablehne. Die Regierung erklärt sich jedoch bereit, eine offen gefaßte, von der ottomanischen Regierung gezeichnete Mitteilung betreffend den Abzug der Nichtkombattanten dem Oberkommandierenden der Armee zur Würdigung zu unterbreiten.

### Eine friedliche Blockade.

**Köln,** 1. April. (Privat.)

Zur Flottenkundgebung der Mächte meldet der Berliner Korrespondent der „Kölnischen Zeitung". Die Kundgebung wird sich vorläufig im Rahmen einer sogenannten friedlichen Blockade des montenegrinischen Hafens Antibari halten. Die Besorgnis, daß die Großmächte etwa zu gewaltsamen Eingriffen genötigt sein würden, erscheint nicht gerechtfertigt, da die Blockierung der montenegrinischen Küste, besonders wenn eine Sperrung der Landzugänge nach Montenegro hinzutritt, ein empfindliches Mittel ist, um die Montenegriner von dem Ernst des europäischen Widerstandes gegen ihre Absichten in der Skularifrage zu überzeugen.

### Griechenland fordert ein Plebiszit.

**London,** 1. April.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat Griechenland den Mächten eine energische formelle Erklärung zugehen lassen, die die Ansprüche Griechenlands in Epirus zum Gegenstand hat. Während einige europäische Regierungen beabsichtigten, einen großen Teil des in Frage stehenden Gebietes dem neuen Albanien zuzuschlagen, schlägt Griechenland in seiner Erklärung vor, die Mächte sollen eine Kommission ernennen, die in der jetzt von Griechenland beanspruchten und vollständig von griechischen Truppen besetzten Gegend ein Plebiszit veranstalten soll. In der Erklärung heißt es weiter, daß keine griechische Regierung in der Lage sein werde, den Rückzug der Truppen aus den jetzt besetzten Stellungen sicherzustellen, und daß außerdem die Bevölkerung es nicht zulassen würde, daß die Truppen, die sie befreit hätten, sie der türkischen oder albanischen Herrschaft auslieferten.

### Die Antwort des Balkanbundes an die Mächte.

**Sofia,** 1. April.

Es verlautet, daß morgen die Antwort der Verbündeten auf die Note der Mächte erfolgen wird. Es bestätigt sich, daß Bulgarien die Grenzlinie Midia—Enos annimmt, jedoch noch einige östlich von dieser Linie gelegene strategisch wichtige Punkte zu erhalten wünscht. Morgen abend reisen die Minister nach Adrianopel, wo der König jetzt seinen offiziellen Einzug halten wird. Die gefangenen Paschas unternahmen heute in Zivilkleidung Spazierfahrten im Wagen.

**Belgrad,** 1. April.

Das heutige Regierungsblatt deutet bereits die Gesichtspunkte an, von denen sich die Verbündeten und speziell Serbien bei Beantwortung der Mediationsvorschläge der Mächte und ihrer letzten Note über Albanien leiten lassen werden. Die Verbündeten werden, so wird ausgeführt, zweifellos in vielen Punkten den Wünschen der Mächte Rechnung tragen. Die Art und Weise jedoch, wie die Mächte sich aus wohlwollenden Vermittlern über Nacht zu Richtern der Balkanstaaten aufgeworfen haben und ihnen ihren Willen diktieren, habe bei den Verbündeten geradezu Bestürzung erregt. Unbegreiflich sei die außerordentliche Besorgtheit Europas, die Türkei finanziell kräftig zu erhalten, und der gänzliche Mangel dieser Fürsorge gegenüber den Verbündeten, die durch die Schuld der Türkei genötigt waren, den Krieg wieder aufzunehmen und so von neuem